

Die Jüdische Gemeinde Haigerloch 1933 bis 1942
Aussage des Hechinger Landrates Paul Schraermeyer
in einem Strafprozess wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ vor dem
Hechinger Landgericht 1947

Frage: Waren Sie sich nicht der Ungesetzlichkeit des Verlangens der Gestapo bewusst?

Ich habe damals nicht gewusst, um was es geht. Ich ging davon aus, dass es sich um eine Umsiedlung handelt. In dieser Richtung wurde ich von den Juden selbst belehrt, die schon vorher durch die jüdische Kultusgemeinde in Stuttgart über all diese Dinge genau unterrichtet waren. Die Vorsteher der israelitischen Gemeinden in Hechingen und Haigerloch, der Lehrer Schmalzbach in Hechingen und Herr Alfred Levi in Haigerloch waren schon, bevor ich den Erlass von der Gestapo Stuttgart erhielt, von dem unterrichtet, was den Juden bevorstand. Ich war deshalb nicht überrascht, als dann der Erlass vom 18.11.1941 kam. Ich habe den Herren auch versichert, dass ich alles für die Juden tun würde, um ihnen die Sache zu erleichtern, soweit dies in meiner Macht stehen sollte. Die Herren haben diese Zusage auch dankbar entgegen genommen. Ich habe den Herren geraten, mitzunehmen, was sie mitnehmen könnten und versprochen, die nötigen Wagen zur Verfügung zu stellen. Ich nahm mir gleich vor, mich nicht so an die Erlasse zu halten.

Frage: Wie konnten Sie an eine Umsiedlung denken, nachdem sich Absatz VI des Erlasses der Gestapo vom 18.11.1941 ergab, dass das Vermögen der abzuschiedenden Juden in seiner Gesamtheit staatspolizeilich beschlagnahmt werden sollte?

Da hab ich mir weiter keine Gedanken gemacht. Ich sah es als meine Pflicht an, den Juden ihr hartes Los nach Möglichkeit zu erleichtern. Ich hätte mich am liebsten geweigert diese Anordnung durchzuführen. Darüber muss ich mir aber im Klaren sein, durchgeführt wäre sie worden, aber dann sicher schonungslos. Ich habe mir in jenen Tagen oft sagen lassen müssen, dass ich ein Judenknecht sei, weil ich den Juden ihr Los zu erleichtern suchte.

Frage: Musste nicht auch die Mitteilung, dass das gesamte Vermögen der Juden generell eingezogen würde, zu denken geben?

Der Erlass ging ja auch nachrichtlich an den Württg. Innenminister und den Regierungspräsidenten in Sigmaringen, ohne dass von diesen Stellen etwas unternommen wurde. Ich habe meine Aufgabe darin gesehen, den Juden das Los nach Möglichkeit zu erleichtern. Im Übrigen bin ich davon ausgegangen, dass unsere Juden schon schlau genug sein würden, ihre Vermögenswerte noch vorher einem unbefugten Zugriff zu entziehen. Ich bin wohl innerlich mit dieser Massnahme und auch mit einer Reihe von anderen Massnahmen nicht einig gewesen. Ich sagte mir aber, es wäre unrecht, wenn ich jetzt nicht meine Stellung hielte, um noch Schlimmeres zu verhüten und zu retten was zu retten ist. Ich hielt mich der Bevölkerung gegenüber verpflichtet, deren Vertrauen ich besass, auch unter den schwierigen Verhältnissen auszuhalten. Darüber war ich mir im Klaren, dass mein Amtsnachfolger ein strammer

Nationalsozialist gewesen und durchgeführt wäre. Zu Landräten machte man in jener Zeit vornehmlich SS.-Leute. Und das wollte ich dem Bezirk doch ersparen. Es war niemals mein persönlicher Ehrgeiz, was mich aufhalten liess, so sehr ich an meiner Stellung und am Bezirke hing. Es war einzig und allein die Sorge um die Bevölkerung die mich leitete. Ich habe hier im Übrigen nichts zu beschönigen, es liegt ja alles aktenmässig fest. Den Auftrag des Regierungspräsidenten vom 24.11.1941 /13 der Landratsamtsamtsakten I betr. Zustellung der Beschlagnahmeverfügungen habe ich ausgeführt, d.h. es wurde die Zustellung durch den Gerichtsvollzieher in die Wege geleitet. Sonst hatte ich mit der Vermögenskonfiskation nichts zu tun.

Wenn ich mir auch nur entfernt das Gefühl gehabt hätte, dass das, was hier aktenmässig festliegt, mir zum Nachteil gereichen könnte, dann hätte ich diese ganzen Akten entsprechend der ausdrücklichen Weisung von Oben vernichten lassen. Ich habe aber gerade deshalb, um mich nachher rechtfertigen zu können, an Hand der Akten, die Weisung nicht befolgt.